

■ Mykonos

Verteidigerwechsel

Berlin (dpa) – Einer der beiden Pflichtverteidiger des im Mykonos-Prozeß zunächst als „Kronzeugen“ eingestuften Youssef Amin wird ausgetauscht. Der Kölner Rechtsanwalt Bungartz wurde gestern entpflichtet. Als neuer Pflichtverteidiger wurde der Anwalt Rüdiger Portius bestellt.

die tageszeitung Freitag, 3. Dezember 1993
Mykonos-Prozeß wird fortgesetzt

■ Bis zum Jahresende nur noch bedeutungslose Zeugen

Berlin (dpa) – Der Berliner Mykonos-Prozeß um die Ermordung von vier Kurdenführern wird fortgesetzt. Das Gericht lehnte gestern einen Antrag des neu hinzugekommenen Verteidigers Rüdiger Portius auf Aussetzung oder Unterbrechung des Verfahrens ab. Allerdings würden bis Jahresende nur noch Zeugen vernommen, die

keine herausragende Bedeutung für den Verlauf des Prozesses hätten, erklärte der Vorsitzende Richter Frithjof Kübsch am elften Verhandlungstag.

Portius war am Mittwoch auf Wunsch des Angeklagten Youssef Amin bestellt worden, nachdem dessen bisheriger Verteidiger wegen eines gestörten Vertrauens-

verhältnisses abgesetzt wurde. Der neue Verteidiger hatte die Aussetzung des Verfahrens beantragt, um sich zunächst in die rund hundert Aktenordner umfassenden Protokolle einarbeiten zu können. Der Entscheidung des Gerichts zufolge muß sich Portius während der laufenden Hauptverhandlung einarbeiten.

■ Mykonos

Gewußt wie?

Berlin (dpa) – Die Berliner Polizei hätte nach Angaben eines Zeugen vom Besuch des Kurdenführers Charafkandi, der im Restaurant „Mykonos“ erschossen wurde, informiert sein können. Der auf Einladung der Sozialistischen Internationalen im September 1992 nach Berlin gekommene Exil-Politiker habe auf der Teilnehmerliste des Kongresses gestanden, sagte der für Sicherheitsfragen zuständige SPD-Mitarbeiter Pauk gestern im Mykonos-Untersuchungsausschuß. Diese Liste bot er einem zuständigen Polizisten acht Tage vor dem Anschlag an. Der Beamte wollte das Papier jedoch nicht annehmen.

■ Mykonos

Wurde Opfer bewacht?

Berlin (dpa) – Der beim Mykonos-Attentat getötete Kurdenführer Sadeh Charafkandi soll während des Kongresses der Sozialistischen Internationale im September 1992 von der Polizei bewacht worden sein. Dies sagte der Deutschland-Vertreter der Demokratischen Kurdischen Partei in Iran, Esadpour, gestern vor dem Berliner Kammergericht. Damit widersprach der Exilpolitiker der Polizeidarstellung, sie habe nichts von dem Besuch des Politikers gewußt und das Attentat darum auch nicht verhindern können.

■ Mykonos

Vernehmung verschoben

Berlin (dpa) – Die für morgen geplante Vernehmung von Staatsminister Schmidbauer (CDU) im Mykonos-Untersuchungsausschuß wird verschoben. Hintergrund sei, daß die notwendige Aussagegenehmigung noch nicht vorliege, sagte der Ausschußvorsitzende Wallot (CDU) gestern. Die Genehmigung, die vom Bundeskabinett beschlossen werden müsse, sei bislang „im Verwaltungsapparat hängengeblieben“. Wahrscheinlich werde Schmidbauer im Januar vernommen.

■ Mykonos

Restaurant ausgespäht

Berlin (dpa) – Das Berliner Restaurant „Mykonos“ wurde vor dem Attentat auf vier iranische Oppositionelle offenbar ausgespäht. Ein Zeuge sagte gestern im Mykonos-Prozeß, er habe zwei Wochen vor dem Anschlag vom 17. September 1992 eine verdächtige Person gesehen, die das Lokal von außen beobachtet habe. Der Nebenklagevertreter Wolfgang Wieland geht davon aus, daß der Unbekannte mit den Tätern zusammenarbeitete. Es sei den Ermittlern aber noch nicht gelungen, den Mann zu identifizieren.

Frankfurter Rundschau

Donnerstag, 16. Dezember 1993, Nr. 292

Vorwürfe zu „Mykonos-Mord“

hec BERLIN, 15. Dezember. Für die Ermordung von vier Führungsmitgliedern der Demokratischen Partei Kurdistans/Iran (DPKI) im September 1992 im Berliner Restaurant „Mykonos“ hat der Nationale Widerstandsrat Irans den iranische Geheimdienst (VEVAK) verantwortlich gemacht. Javid Dabiran vom Widerstandsrat beschuldigte die Teheraner Regierung am Mittwoch in Berlin ferner, Einfluß auf den derzeit laufenden „Mykonos“-Prozeß zu nehmen.

Zuverlässigen Informationen zufolge, so Dabiran, unterhalte Farhad Dianat, leitendes Mitglied der UISA (Union Islamischer Studentenvereine) – einer „Tarnorganisation“ des Geheimdienstes – ständigen Kontakt zu dem inhaftierten mutmaßlichen Drahtzieher des Attentats, Kazem Darabi. Zur Weitergabe von Informationen dienten regelmäßige Treffen mit Darabis Frau in einer Moschee in Berlin-Wedding.

Neben Dianat seien zwei weitere VE-

VAK-Agenten als Kontaktmänner eingesetzt worden, um Darabi „Instruktionen zukommen zu lassen“. Einer der Agenten, Mohammad Schargi, habe in direkter Verbindung mit dem Chef des Geheimdienstes in der Bonner iranischen Botschaft, Alireza Haghghian, gestanden. Der als Botschaftsattache getarnte VEVAK-Agent Haghghian habe sich vier Wochen nach Beginn des „Mykonos“-Prozesses in die Geheimdienstzentrale nach Teheran zurückbegeben.

■ Mykonos

Parallelen?

Berlin (dpa) – Die Bundesanwaltschaft prüft einen möglichen

Zusammenhang zwischen dem Berliner Mykonos-Attentat und der Ermordung des früheren iranischen Ministerpräsidenten Bachtiar im August 1991 in Paris. Derzeit werde ein Rechtshilfeersuchen an die französischen Behörden erwogen, das die Vernehmung eines Zeugen zum Fall Bachtiar im Mykonos-Prozeß ermöglichen soll, sagte Bundesanwalt Jost gestern.

legen. Das wird er nicht tun wollen. Eine direkte Intervention beim IMF durch die beiden größten Handelspartner, Deutschland und Japan, könnte das verhindern. Die Bundesregierung wäre wahrscheinlich dazu bereit, wenn sie im Gegenzug mit der Freilassung von Helmut Szymkus und Gerhard Bachmann aus iranischen Gefängnissen rechnen könnte. Aber auch ein solcher Vertrag wäre keine Garantie für künftiges iranisches Wohlverhalten.

die tageszeitung.

Samstag, 13. November 1993,

■ Mykonos

Kronzeuge sagt aus

Berlin (dpa) - In der gestrigen Sitzung des Berliner Mykonos-Prozesses um die Ermordung von vier iranischen Oppositionellen hat das Gericht beschlossen, Staatssekretär Bernd Schmidbauer als Zeugen zu laden. Schmidbauer soll seine Kontakte zum iranischen Geheimdienst offenlegen. Am 30.11. soll er außerdem vor dem Mykonos-Untersuchungsausschuß aussagen.

Frankfurter Rundschau

Freitag, 19. November 1993, Nr. 269

Mykonos-Kronzeuge sagt aus

BERLIN, 18. November (AFP). Im Prozeß um das Attentat auf vier kurdische Politiker in Berlin hat der mögliche Kronzeuge Jussef Amin am Donnerstag zugegeben, während des Anschlags am Tatort gewesen zu sein. Gleichzeitig beschuldigte er zwei irakische Kurden, den Anschlag verübt zu haben.

Bei den ersten Vernehmungen kurz nach seiner Festnahme im Oktober 1992 hatte Amin ein Geständnis abgelegt und dabei die vier anderen Angeklagten belastet. Diese Aussagen hatte er später widerrufen.

Vor dem 1. Strafsenat des Berliner Kammergerichts sagte der Libanese, er sei unwissentlich in das Attentat verwickelt worden. Er habe zwei irakische Kurden zum Restaurant „Mykonos“ begleitet. Von ihnen sei er gebeten worden, vor der Tür stehenzubleiben und jeden abzuweisen, der die Gaststätte betreten wolle. Plötzlich habe er innen Schüsse fallen gehört. Dann seien die beiden Bekannten herausgekommen und seien mit ihm in einem Auto davongefahren.

Amin ist der Beihilfe zum vierfachen Mord und des versuchten Mordes angeklagt. Die Bundesanwaltschaft wirft dem iranischen Geheimdienst vor, das Attentat in Auftrag gegeben zu haben.



FOTO: KROTZKOWSKI

„Mykonos“-Anschlag in Berlin: Vermutlich war es Irans Geheimdienst

Süddeutsche Zeitung

Samstag/Sonntag,

20./21. November 1993

Wegen angeblicher Drohungen

Zeuge in Mykonos-Prozeß zieht Aussagen zurück

Berlin (Reuter) - Im Berliner Mykonos-Prozeß hat der Libanese Youssef Amin seine früheren belastenden Aussagen gegen den Hauptangeklagten Iraner Kazem Darabi im Zusammenhang mit dem Attentat auf vier kurdische Oppositionelle als erpreßt bezeichnet. Er sei von irakischen Kurden „angewiesen worden, Darabi zu belasten“, sagte der 26jährige vor dem Berliner Kammergericht. Die Bundesanwaltschaft sieht in dem Iraner den Drahtzieher des Attentats vom September 1992 im Berliner Restaurant „Mykonos“. Er soll im Auftrag des iranischen Geheimdienstes gehandelt haben. Amin blieb in der Befragung durch die Richter auch am achten Verhandlungstag dabei, daß er bei der Polizei gelogen habe. Über die Hintergründe des Anschlags wisse er nichts. Amin gestand, daß er von den „wahren Tätern“, die er am Tattag zufällig kennengelernt haben will, zum Aufpassen eingeteilt worden sei. Der Libanese, der zu Prozeßbeginn als Kronzeuge galt, begründete seine früheren Belastungen gegen Darabi mit Drohungen. Von den „wahren Tätern“ seien ihm diese Aussagen aufgezwungen worden, ansonsten „wollten sie Familienangehörige von mir zerstückeln“.

die tageszeitung

Freitag, 26. November 1993

■ Mykonos

Kronzeuge schweigt

Berlin (dpa) - Der im Berliner Mykonos-Prozeß zunächst als „Kronzeuge“ eingestufte Angeklagte Amin will sich vorerst nicht weiter äußern. Er habe kein Vertrauen zu seinem Pflichtverteidiger Bungartz und wünsche den Austausch seiner beiden Verteidiger, sagte Amin gestern. Der Vorsitzende Richter Kubsch lehnte den Antrag auf Entpflichtung erneut ab, da er nicht ausreichend begründet sei.

Frankfurter Rundschau

Samstag, 27. November 1993,

Zeugin belastet Teheran

BERLIN, 26. November (Reuter). Das Treffen der iranischen Oppositionellen im Berliner Restaurant Mykonos, bei dem im September 1992 vier Teilnehmer ermordet wurden, fand nach den Aussagen einer Zeugin unter extrem strengen Sicherheitsvorkehrungen statt. „Nicht einmal ich wußte von dem Ort“, sagte die Frau eines der Opfer am Freitag vor dem Berliner Kammergericht. Die 46jährige machte das „Teheraner Regime“ für das Attentat verantwortlich.

16. November 1993.

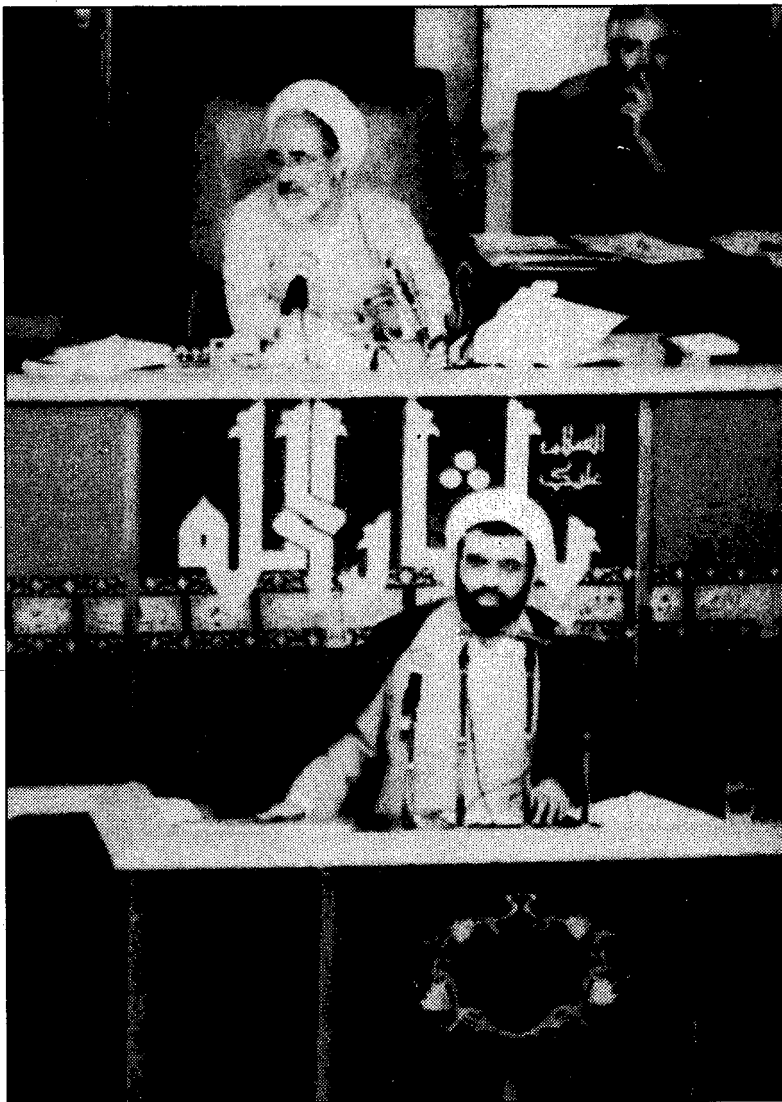
in Berlin wurde von einem Kommando durchgeführt, dessen Chef gestanden hat, Agent des Vevak zu sein und in dessen Auftrag gehandelt zu haben. Er zog das Geständnis später wieder zurück.

Dieser Anschlag hat den Vevak so sehr in die Schlagzeilen gebracht, daß der iranische Geheimdienst jetzt von unmittelbaren Mordoperationen absieht und seine tödlichen Terroraktionen wieder verstärkt von Hilfstrouppen durchführen läßt. Das wichtigste Instrument ist die Hisbollah, die ihren Hauptsitz im Libanon hat. Geistiger Führer der Hisbollah ist Scheich Fadlallah, dessen Gefolgsleute davon überzeugt sind, daß er in direkter Linie von Ali abstammt, dem Schwiegersohn des Propheten Mohammed.

Die politische Macht liegt in den Händen eines Regierenden Rates, der praktisch uneingeschränkte Macht über die Hisbollah und ihre Anhänger hat. Der langjährige Vorsitzende dieses Gremiums, Scheich Abbas Mussawi, wurde am 16. Februar 1992 mit seiner Frau, seinem Sohn und fünf Leibwächtern das Opfer eines israelischen Raketenanschlags. Nachfolger ist der 32jährige Scheich Hassan Nasrallah, der schon 1982 Kämpfer der Hisbollah wurde. Hassan Nasrallah pilgerte schon sehr früh zur heiligen Stadt der Schiiten, nach Najaf im Irak, und in den Iran, um mit Ayatollah Khomeini zu reden.

Am 17. März 1992 sprengte die Hisbollah – als Rache für die Ermordung Scheich Mussawis – mit einer Autobombe die israelische Botschaft in Buenos Aires in die Luft; 29 Personen wurden getötet, 240 verletzt. 1983 entdeckte die spanische Polizei 18 Pfund Plastiksprengstoff, der in Marmeladenbüchsen nach Spanien geschmuggelt worden war und von Hisbollah-Agenten gegen Ziele in Europa eingesetzt werden sollte. Im gleichen Jahr explodierte eine Bombe in der Maschine des Fluges TWA 772, die von Afrika nach Frankreich unterwegs war. Auch das war eine Auftragsarbeit, die von der Hisbollah für den Vevak ausgeführt worden war.

Bei der breitgefächerten Palette der Terroraktionen, die alle der expansionistischen Politik des Iran dienen, muß man sich fragen, ob man sich mit dem Chef der Institution, die derartige Operationen weltweit organisiert, steuert und finanziert, an



Irans Geheimdienstchef Fallahian bei der Erläuterung seines Programms vor dem Parlament im Jahr 1989

FOTO: AP

einen Tisch setzen kann. Wenn es um Verhandlungen zur Freilassung von Landsleuten geht, die von einem terroristischen Regime als Geiseln festgehalten werden, darf man zweifellos auch mit dem Teufel reden. Das gilt auch für Verhandlungen im Interesse befreundeter Staaten. Dann sollte das Gespräch aber auch auf die politische Ebene gehoben und nicht mit dem Mann geführt werden, der selbst Mordbefehle gegeben hat.

Der Iran handhabt den Terrorismus als Ersatzkrieg, und die iranische Regierung bewertet die terroristischen Aktionen seines Geheimdienstes als Kriegshandlungen. Wenn man sich auf diese politische Linie einläßt, dann muß man sicher sein können, daß die Gegenseite ein Mindestmaß an Verlässlichkeit und Berechenbarkeit einhält und bis zur Lösung der strittigen Fragen die Waffenruhe beachtet. Das hat der Iran nicht getan. Sein Geheimdienstchef Ali Fallahian hat nach der Beendigung der

Gespräche eine Pressekonferenz gegeben und angebliche Einzelheiten über bisherige Kontakte und spätere Vereinbarungen mitgeteilt. Das war mit den Deutschen nicht vereinbart; das hatten die Iraner ihren Gesprächspartnern vorher auch nicht gesagt. Gerhard Bachmann, ein Mitarbeiter von MAN, der schon neun Jahre im Iran tätig ist, wurde einen Tag nach der Rückkehr Fallahians wegen angeblicher illegaler Beziehungen zum iranischen Militär festgenommen. Wenn das die Frucht der Zusammenarbeit zwischen den deutschen und den iranischen Diensten ist, dann sind die Deutschen über den Tisch gezogen worden.

Der Iran hat erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten. Er hat jetzt Auslandsschulden von mindestens 30 Milliarden Dollar, im letzten Jahr hat er seine Zinsen nicht bezahlen können. Bei einer Umschuldung müßte er dem Internationalen Währungsfonds (IMF) seine Bücher offen-

Donnerstag, 11. November 1993,

1992 an die Berliner Ausländerbehörden sandte. In dem Schreiben, das der taz vorliegt, wird unter Hinweis auf ein Ermittlungsverfahren „wegen Verdachts der versuchten Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und des versuchten Mordes ...“, um die kurzfristige Übersendung der Ausländerakte des Kazem Darabi“ gebeten. Werthebach machte keinen Hehl daraus, daß er den iranischen Geheimdienst „nicht zu den befreundeten Diensten rechne“, und daß Darabi sich auch in den achtziger Jahren „nicht in der BRD aufhalten“ sollte, da er das Gastrecht mißbrauche. Sein Aufenthalt wurde jedoch, obgleich möglich, nicht beendet.

KTENMÄRKTE -

NLÄNDISCHE TITEL

November 1993.

„Mykonos“-Prozeß:

Angeklagter legt Teilgeständnis ab

rtr Berlin - Im Berliner „Mykonos“-Prozeß hat der angeklagte Libanese Mohamed Atris ein Teilgeständnis abgelegt. Atris gab vor dem Berliner Kammergericht an, einem der mutmaßlichen Mörder von vier iranisch-kurdischen Oppositionellen den Paß seines Bruders gegeben zu haben. Er bestritt, bereits vor dem Anschlag vom 17. September 1992 im Berliner Restaurant „Mykonos“ mit der Besorgung von Fluchtpapieren beauftragt und in die Tatpläne eingeweiht gewesen zu sein. Der Libanese ist einer von fünf Angeklagten, die sich seit zwei Wochen wegen

des Anschlags verantworten müssen.

Atris wird seit drei Verhandlungstagen vom Gericht vernommen. Er hat bestritten, den Hauptangeklagten, den Iraner Kazem Darabi, zu kennen. In Darabi, der im Auftrag des iranischen Geheimdienstes gehandelt haben soll, sieht die Bundesanwaltschaft den Drahtzieher des Mordanschlags.

Heute wird sich voraussichtlich der „Kronzeuge“ im Mykonos-Prozeß, der angeklagte Youssef Amin, zum ersten Mal äußern. Das jedenfalls kündigten seine Anwälte an.

DIE WELT

Dienstag, 16. November 1993

Irans Geheimdienst: Drahtzieher des internationalen Terrors

Der Vevak ist gefürchteter als einst die Agenten des Schahs - Libanesis „Hilfstruppen“ erledigen blutige Aufträge - Krieg mit anderen Mitteln

Von HANS JOSEF HORCHEM

Berlin - Der Geheimdienst des Schahs, der Savak hieß, galt - neben dem israelischen Mossad - als der beste Nachrichtendienst im Nahen und Mittleren Osten. Wie Mossad operierte auch er unkonventionell. Der Geheimdienst des neuen iranischen Regimes, der sich Vevak nennt, übertrifft seinen Vorläufer. Er nimmt überhaupt keine Rücksicht mehr auf die ungeschriebenen Spielregeln, die sich die meisten Geheimdienste in ihrer Arbeit gegenüber der Konkurrenz gegeben haben, zum Beispiel keine „nassen Operationen“, das heißt Hinrichtungen, in den Reihen des gegnerischen Dienstes durchzuführen. Vevak ist in der Region gefürchtet.

Seit der Machtübernahme durch Ayatollah Khomeini hat der Iran die Personalstärke seines Sicherheits- und Geheimdienstapparates verdoppelt. Dazu gehören neben dem Auslandsdienst Vevak (offiziell „Ministerium für Nachrichtenwesen und Sicherheit“) noch die

„Streitmacht Gottes“, das ist der Geheimdienst der Revolutionären Garden, und der militärische Nachrichtendienst J 2.

Die Zuständigkeiten überschneiden sich. Die Revolutionären Garden konzentrieren sich auf die interne Spionageabwehr, auf Personenschutz und auf die staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen iranische Bürger, die in Verdacht stehen, von den Lehren des Koran abzuweichen. Vevak und J 2 betreiben zivile und militärische Auslandsaufklärung und beschaffen Güter und Know-how, die der Iran für seine Rüstung braucht. Vevak ist darüber hinaus verantwortlich für „besondere Operationen“, das heißt für die Ausschaltung persischer Oppositioneller im Ausland.

In Deutschland sind alle iranischen Dienste vertreten, zumeist getarnt als Mitarbeiter der Botschaft in Bonn oder der Generalkonsulate in Hamburg, Berlin, Frankfurt und München. Hauptaufgabe ist die Ausspähung und Überwachung ihrer

hier lebenden Landsleute. Regimefeindliche Organisationen werden zum Schweigen gebracht, notfalls mit Waffengewalt. Gegner der Islamischen Republik werden getötet. Nach dem Sturz des Schahs sind weltweit zahlreiche „Feinde der Revolution“ umgebracht worden. Die Ermordung des ehemaligen persischen Ministerpräsidenten Schahpur Bachtiar am 6. August 1991 in Paris war eine Auftragsarbeit von Vevak. Weil Frankreich die Frau des iranischen Oppositionsführers Massud Radschawi nicht ausliefern will, wurden am 9. November Raketenanschläge auf die französische Botschaft in Teheran und die dortige Air-France-Niederlassung verübt. Eine „Hisbollah des südlichen Teheran“ übernahm angeblich die Verantwortung. Aber eine solche Organisation gibt es nicht. Hinter den Anschlägen steht der iranische Geheimdienst.

Das tödliche Attentat auf vier kurdisch-iranische Oppositionspolitiker am 17. September 1992